

Stand: 25.06.2026 21:21:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22855

"Den Kindern zuliebe - spätere Einschulung ermöglichen!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22855 vom 25.06.2018
2. Beschluss des Plenums 17/22955 vom 26.06.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 135 vom 26.06.2018



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Den Kindern zuliebe – spätere Einschulung ermöglichen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, statt des in Art. 37 Abs. 1 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) geregelten Einschulungstichtages einen 3-monatigen Einschulungskorridor vom 01. Juli bis zum 30. September einzuführen und hierdurch der individuellen Entwicklung der Kinder in stärkerem Maße Rechnung zu tragen.

Kinder, die bis zum 30. Juni sechs Jahre alt werden, werden demnach mit Beginn des Schuljahres schulpflichtig. Bei Kindern, die nach dem 30. Juni und bis zum 30. September sechs Jahre alt werden, besteht dagegen künftig die Möglichkeit für die Eltern, durch einfache Erklärung zu bestimmen, dass ihr Kind erst ein Jahr später schulpflichtig werden soll.

Art. 37 Abs. 1 und 2 BayEUG sind entsprechend anzupassen.

### **Begründung:**

Mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 wurde der Zeitpunkt des Eintritts in die Schulpflicht durch die schrittweise Verschiebung des Einschulungstichtages von 30. Juni auf 31. Dezember sukzessive vorverlegt. Geplant war zunächst, dass das Schuljahr 2010/2011 den Abschluss dieser Entwicklung bilden sollte. Primäres Ziel der Staatsregierung war es, hiermit die Voraussetzungen für einen früheren Eintritt in das Berufsleben zu schaffen. Bereits zum 27.04.2010 (Drs. 16/4707) vollzog die Staatsregierung jedoch eine Kehrtwende und verlegte den Einschulungstichtag zurück auf den 30. September.

Um der individuellen Entwicklung stärker als bisher Rechnung tragen zu können, soll der Einschulungstichtag durch einen Einschulungskorridor ersetzt werden. Aus schulrechtlicher Praxis ist hierfür vor allem ein Aspekt relevant: Während eine vorzeitige Einschulung meist relativ reibungslos auf Antrag der Eltern erfolgt, ist eine Zurückstellung häufig mit größeren Problemen verbunden beziehungsweise erfolgt erst gar nicht. Denn kommen sowohl Eltern als auch die Schule zum Ergebnis, dass ein Kind zum relevanten Zeitpunkt noch nicht schulfähig ist, so besteht oftmals die Problematik, dass eine Zurückstellung verweigert wird und stattdessen ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt werden soll.

Gleichzeitig kann der derzeitige Einschulungstichtag auch für diejenigen Kinder, die zwar schulfähig sind, aber bei Schuleintritt noch sehr jung sind, nachteilige Effekte für den weiteren Bildungsweg mit sich bringen. So weisen einige Studien darauf hin, dass die Ausreifung wichtiger motorischer, sensorischer und kognitiver Fähigkeiten statistisch gesehen nicht vor dem Ende des sechsten Lebensjahres erwartet werden kann. Dies stützt die Auffassung, dass individuelle Entscheidungen für einen früheren Schuleintritt durchaus sinnvoll sein können, eine generelle Vorverlegung des Einschulungszeitpunktes, wie dies im Schuljahr 2005/2006 und den Folgejahren in Bayern praktiziert wurde, jedoch nicht zu empfehlen ist. So ist beispielsweise die Zahl der Kinder, die vor dem sechsten Geburtstag eingeschult werden und bereits in der Grundschule eine Klasse wiederholen, deutlich höher als die von Klassenkameraden, welche zu einem späteren Zeitpunkt eingeschult wurden. Gleichzeitig haben frühzeitig eingeschulte Kinder oftmals deutlich mehr Probleme, sich über längere Zeit zu konzentrieren. Umgekehrt gibt es beispielsweise auch Hinweise darauf, dass später eingeschulte Kinder signifikant häufiger eine Gymnasialempfehlung erhalten. Nicht ohne Grund vermuten womöglich auch immer mehr Eltern einen Zusammenhang zwischen Einschulungsalter und Bildungserfolg. So hat die Zahl der Zurückstellungen im Zeitraum von 2006/2007 bis 2015/2016 deutlich zugenommen, wie aus einer Schriftlichen Anfrage vom 13.05.2016 (Drs. 17/12535) hervorgeht.

Anstatt daher einen möglichst frühzeitigen Eintritt in das Berufsleben zu verfolgen, gilt es, die altersgerechte Förderung von Kindern endlich wieder verstärkt in den Vordergrund zu rücken. Hierzu soll der im Antrag geforderte Einschulungskorridor beitragen.



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/22855

**Den Kindern zuliebe – spätere Einschulung ermöglichen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Otto Lederer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Thomas Gehring

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.**

**Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Den Kindern zuliebe - spätere Einschulung ermöglichen! (Drs. 17/22855)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Prof. Dr. Piazolo. Bitte sehr.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unserem Dringlichkeitsantrag liegt Ihnen ein Plan vor. Ich würde jetzt nicht unbedingt von einem Masterplan sprechen. Man muss nicht immer so hoch greifen. Ihnen liegt jedoch etwas Inhaltliches vor. Das unterscheidet unser Vorgehen von dem, was Sie vorhin in der Debatte zur Migration gemacht haben.

Von unserem Plan wären pro Jahr 30.000 Kinder betroffen. Insofern handelt es sich um etwas durchaus Wichtiges. An manche Ereignisse, die nur wenige Tage her sind, erinnert man sich nicht mehr. An andere Ereignisse, die wie bei mir ein halbes Jahrhundert zurückliegen, erinnert man sich jedoch ganz genau. Das ist beispielsweise der Tag der Einschulungsuntersuchung. Ich weiß noch ziemlich genau, was gefordert worden ist und worum es ging. Ich erinnere mich selbst an die Einschulungsuntersuchung meines Bruders. Das liegt auch daran, dass eine große Nervosität in der Familie herrschte. Deshalb haben sich der Einschulungstermin und die Einschulungsuntersuchung ins Gedächtnis eingebrannt. Das ist eine wichtige Entscheidung. Heute mag vielleicht manches anders sein, aber der Einschulungstermin ist immer noch wichtig, und zwar nicht nur wegen der Schultüte, die man bekommt, sondern auch wegen des neuen Lebensabschnitts und der vielen Tage, die man danach in der Schule verbringt.

Es ist auch wichtig – darum geht es heute –, welcher Stichtag gewählt wird. Uns geht es darum – das sehen Sie am Titel des Antrags –, den Einschulungstermin zurückzulegen. Das heißt, die Einschulung soll auch zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht werden. Es geht um eine Veränderung des Termins. Insgesamt gehört der Einschulungstermin zu den wichtigsten Entscheidungen, die man in der Kindheit trifft. Ich würde mich freuen, wenn Sie heute einen Antrag stellen, der die Einschulungstermine für die nächsten Jahre verschiebt. Ich würde mich freuen, wenn Sie heute einen Antrag stellen, der die Einschulungstermine für die nächsten Jahre verschiebt.

lungstermin zu den Stoiber'schen Bildungssünden der Jahre 2003 fortfolgende. Damals ist der Einschulungstermin vom 30.06. auf den 31.12. verschoben worden. In den letzten Jahren ist der Termin wieder zurück verschoben worden, aber nicht so weit, wie er einmal angesetzt war.

In den letzten 10 oder 15 Jahren ist vieles, was Stoiber damals angerichtet hat, wieder zurückgedreht worden, auch mithilfe der FREIEN WÄHLER. Stoiber hat damals die Studienbeiträge eingeführt. Diese haben wir inzwischen mit einem Volksbegehren wieder kassiert. Er hat das G 8 eingeführt. Inzwischen haben wir das G 9. Er hat das Büchergeld eingeführt. Das ist gleich kassiert worden. Er hat die Arbeitszeit der Lehrer verlängert. Das ist auch kassiert worden. Er hat Lehrerstellen gestrichen. Inzwischen gibt es ein paar Stellen mehr. Eine der letzten Maßnahmen, die vom Stoiber'schen Bildungsunsinn übrig geblieben ist, ist der Einschulungstermin. Aber auch dieser wurde schon halb zurückgenommen. Weil vieles von dem, was damals erfunden und eingeführt worden ist, wieder zurückgenommen werden musste, ist in den letzten 10 bis 15 Jahren einiges verschlafen worden: Die Entwicklung hin zum Ganzttag, der Lehrermangel, die digitale Revolution und vieles mehr.

Den Einschulungskorridor, den wir vorschlagen, halte ich für sehr sinnvoll, weil erwiesen ist, dass ein späterer Einschulungstermin zu mehr Übertritten auf die Gymnasien und somit zu mehr Bildungsgerechtigkeit führt. In der Grundschule bleiben weniger Nicht-Akademikerkinder hängen. Das müsste auch für die SPD sowie für uns alle ein wichtiges Argument sein. Außerdem gibt es weniger Stress beim Übertritt. All das ist wissenschaftlich erwiesen.

Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER grundsätzlich einen späteren Einschulungstermin. Wir wollen ihn aber flexibel gestalten, weil die Kinder sehr unterschiedlich sind. Aus diesem Grund soll die Entscheidung bei den Eltern liegen. Ein Viertel der Kinder wird zwischen dem 1. Juli und dem 30. September geboren. Das sind rund 30.000 Kinder im Jahr. Das ist eine große Zahl. Nach Beratung durch die Lehrer und auch die Erzieher, die Kinder und Eltern am längsten kennen, sollen die Eltern eine

Entscheidung treffen können. Deshalb ist es unser Ziel, eine der letzten Bildungssünden, die der damalige Ministerpräsident Stoiber begangen hat, zu beseitigen. Das nutzt den Kindern und den Eltern. Deshalb bitten wir um Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Piazolo. – Während sich Herr Kollege Lederer auf den Weg macht, gebe ich bekannt, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragt hat. Herr Kollege Lederer, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Otto Lederer (CSU):** Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel dieses Dringlichkeitsantrags "Den Kindern zuliebe – spätere Einschulung ermöglichen!" erweckt fast den Eindruck, dass eine spätere Einschulung derzeit nicht möglich sei. In der Pressemitteilung der FREIEN WÄHLER heißt es sogar, dass eine rechtliche Möglichkeit zur späteren Einschulung geschaffen werden solle. Der Begründung des Antrags ist jedoch zu entnehmen, dass die Zahl der Zurückstellungen in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen hat. Herr Kollege Piazolo, wenn es überhaupt keine rechtliche Möglichkeit der Zurückstellung gibt, weil man diese erst einführen muss, wie kann dann die Zahl der Zurückstellungen steigen? – Ihr Dringlichkeitsantrag enthält einen logischen Fehler. Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen wir zunächst einmal klar, worum es eigentlich geht: Die FREIEN WÄHLER möchten mit ihrem Dringlichkeitsantrag einen Einschulungskorridor einführen, der die drei Monate vor dem Einschulungstichtag, dem 30. September, umfasst. Innerhalb dieses Korridors soll es den Eltern möglich sein, durch einfache Erklärung zu bestimmen, dass die Einschulung ihres Kindes erst ein Jahr später erfolgt. So habe ich den Antrag verstanden.

In der Pressemitteilung wiederum schreiben die FREIEN WÄHLER, dass der Einschulungstichtag auf den 30. Juni zurückverlegt werden solle.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

So heißt es in der Pressemitteilung, Herr Kollege. Das entspricht aber nicht dem, was in Ihrem Antrag steht. Wenn der Einschulungstichtag tatsächlich auf den 30. Juni zurückverlegt werden soll – wieso soll man dann nach dem 30. Juni noch einen Antrag stellen, um das Kind zurückstellen zu lassen? Das, was Sie in Ihrer heutigen Pressemitteilung verkündet haben, ist völliger Unsinn, und zwar an mehreren Stellen. Es ist wichtig, dass wir darüber diskutieren, um die Menschen aufzuklären, was eigentlich Sinn dieses Antrags ist. Dazu ist es vielleicht nicht ganz schlecht zu wissen, wie die derzeitige Regelung ist. Wie wird das Ganze an den Schulen umgesetzt?

Das Kriterium für die Einschulung ist die Schulfähigkeit des Kindes. Ein Kind gilt als schulfähig, wenn es körperlich, geistig-seelisch und sozial so weit entwickelt ist, dass es am Unterricht erfolgreich teilnehmen kann.

Diese Entscheidung trifft der jeweilige Schulleiter, aber nicht allein, im stillen Kämmerlein. Zunächst einmal werden natürlich die Erziehungsberechtigten eingebunden. Auch die Aussagen des Kindergartens interessieren; die dortigen Betreuerinnen und Betreuer haben das Kind zum Teil über Jahre begleitet. Darüber hinaus überprüft eine erfahrene Lehrkraft im Rahmen des Screenings bei der Schulanmeldung die Schulfähigkeit. In Zweifelsfällen können der Schularzt, Psychologen, Beratungslehrer und weitere Beratungsdienste einbezogen werden. Erst dann trifft die Schulleitung eine Aussage darüber, ob die Schulfähigkeit gegeben ist oder nicht.

Herr Kollege Piazolo, in Ihrer Pressemitteilung schreiben Sie aber, Zurückstellungen würden oft verweigert, obwohl Eltern und Schule zu der Erkenntnis kämen, dass das Kind noch nicht schulfähig sei. Moment! Wenn die Schule zu der Erkenntnis kommt, dass das Kind nicht schulfähig ist, dann wird einem entsprechenden Antrag zugestimmt. Die zustimmungsfähigen Partner sind doch die Schule und die Eltern. Wenn beide der Meinung sind, dann wird das Kind natürlich zurückgestellt. In Ihrer Pressemitteilung schreiben Sie genau das Gegenteil. Mit Ihrer Pressemitteilung verunsichern Sie die Menschen draußen. Sie behaupten Dinge, die überhaupt nicht zutreffen. Das finde ich nicht besonders redlich, Herr Kollege.

Gehen wir das Ganze noch einmal systematisch an: Klarzustellen ist, dass das jetzige System längst flexibel ist. 2 % der Kinder eines Jahrgangs werden vorzeitig eingeschult. Diese Kinder sind jünger als sechs Jahre. Das geschieht natürlich auf Antrag der Eltern und muss geprüft werden; das ist klar. Rund 13 % der Kinder werden zurückgestellt. Rund 13 %! Das zeigt doch, dass das jetzige System einen atmenden Deckel hat und flexibel ist.

Wichtig ist auch, dass die Eltern mit ihrer Meinungsbildung nicht alleingelassen werden. Eine Vielzahl von Professionen – ich habe sie vorhin genannt: Erzieherinnen, Lehrkräfte, Schulleitung, möglicherweise Schulpsychologen, Schulärzte – kann mit ihrem Wissen dazu beitragen, dass die richtige Entscheidung getroffen wird.

Interessant wird es, wenn man sich die Situation an der Flexiblen Grundschule anschaut. Die Eltern, deren Kinder dieses Schulmodell nutzen, stellen deutlich seltener zurück als Eltern, deren Kinder nicht an diesem Schulmodell teilnehmen. Während es sonst 13 % sind, liegt die Zurückstellungsquote an der Flexiblen Grundschule bei nur 4 %. Zwar kann ein Kind drei Jahre in der Eingangsstufe verweilen; aber auch das sind nur 4 %. Insgesamt liegt der Anteil derjenigen, die zurückgestellt werden oder ein Jahr länger brauchen, an der Flexiblen Grundschule bei nur rund 8 %, während an der normalen Grundschule im Durchschnitt 13 % die Zurückstellung wünschen. Was heißt das? Wenn die Kinder erst einmal im Schulsystem sind, dann merken die Eltern sehr schnell, dass das Kind vielleicht doch ein Stück weit schulfähig war und sie die Schulfähigkeit möglicherweise ein Stück weit falsch eingeschätzt haben. Deswegen ist es sinnvoll, die Eltern in der Zeit der Entscheidung nicht alleinzulassen, sondern durch entsprechende Beratung von verschiedenen Seiten zu begleiten.

Herr Piazolo, Sie behaupten in Ihrer Antragsbegründung, statt der Zustimmung zu dem Zurückstellungsantrag werde häufig sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt. Beides ist völlig unabhängig voneinander. Auch mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist man nicht automatisch zurückgestellt; natürlich ist auch in diesem Fall die Einschulung möglich. Der sonderpädagogische Förderbedarf hat völlig andere Hinter-

gründe; dabei geht es um Maßnahmen der Inklusion oder Ähnliches. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Dann propagieren Sie, die spätere Einschulung erhöhe die Wahrscheinlichkeit des Übertritts an das Gymnasium und führe deswegen zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Ich hatte gehofft, dass wir diese Diskussion hinter uns haben und stattdessen die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung erkannt haben.

(Beifall bei der CSU)

Es mag sein, dass einige Eltern darauf schielen, dass ihr Kind nach der vierten Jahrgangsstufe vielleicht doch den Weg auf das Gymnasium finden kann. Die Einführung eines Einschulungskorridors ist jedoch nicht der geeignete Weg. Über die Diskussion, die Bildungsgerechtigkeit durch mehr Übertritte an das Gymnasium zu erhöhen, sollten wir doch hinweg sein. Das wäre nicht zielführend.

Wir wissen, dass die Zurückstellung von vielen verschiedenen Punkten abhängt, zum Beispiel vom Stadt-Land-Gefälle, vom Migrationshintergrund und davon, ob es sich um ein Mädchen oder einen Jungen handelt. Es gibt viele Parameter; der Übertritt an das Gymnasium ist nicht der ausschlaggebende. Über Bildungsgerechtigkeit wird in unserem differenzierten Schulsystem anders entschieden, lieber Kollege. Aus diesem Grund werden wir dem vorliegenden Antrag nicht näher treten.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. – Die nächste Wortmeldung: Kollegin Dr. Strohmayer, bitte sehr.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um die Einschulung. Die FREIEN WÄHLER beantragen die Einführung eines Einschulungskorridors. Der bisherige Stichtag soll vom 30. September auf den 30. Juni zurückverlegt werden. Kinder, die in diesem Zeitraum geboren sind, sollen nach Vorstellung der FREIEN WÄHLER zukünftig mit einfacher Erklärung der

Eltern von der Einschulung sozusagen zurücktreten können. Dann ist also kein gesonderter Antrag mehr notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sollten an den Beginn unserer Überlegungen zu diesem Thema erst einmal stellen, dass Kinder unterschiedlich sind. Gerade kleine Kinder sind sehr heterogen. Da gibt es Kinder, die im Alter von fünf Jahren schon perfekt lesen können, und da gibt es andere Kinder, die das vielleicht erst mit sieben oder gar mit acht Jahren können. Diese Heterogenität, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir endlich akzeptieren und unser Bildungssystem danach ausrichten. Es kommt gar nicht so sehr, so glauben wir, auf den Einschulungstichtag oder -korridor an, sondern es geht vielmehr darum, dass wir die Kinder, die in die Schule kommen, in der Schule da abholen, wo sie stehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber noch etwas zur tatsächlichen Situation sagen. Der Kollege hat es gerade schon gesagt: Ungefähr 13 % der Kinder werden zurückgestellt. Wenn man sich die Zahlen einmal etwas genauer ansieht, stellt man fest, dass von diesen 13 % zurückgestellten Kindern 62 % Buben und nur 37 % Mädchen sind. Ich finde, das sollte einem schon zu denken geben. Ich finde, dass es gerade zu viele Jungs sind. Diese Zahlen zeigen mir auch, dass hier etwas falsch läuft. Mütter, mit denen ich spreche, erzählen mir, sie stellen ihre Kinder deswegen zurück, weil sie schon Angst haben, dass ihre Kinder, wenn sie sie in die Schule schicken, später den Übertritt nicht schaffen. Das kann doch nicht Sinn und Zweck sein. Im Vordergrund muss doch die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes stehen.

(Beifall bei der SPD)

Was brauchen wir also, um die Situation zu verbessern? – Wir brauchen gute Kitas, in denen wirklich sichergestellt ist, dass jedes einzelne Kind von Beginn an gefördert wird. Dazu brauchen wir genug Personal. Ich möchte Sie auch erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es gab einmal ein Vorzeigeprojekt, das sich KiDZ nannte. Da

sind zusätzlich Lehrkräfte in die Kitas gegangen, und siehe da: In diesen Kinderbetreuungseinrichtungen gab es tatsächlich einen Mehrwert. Dieses Projekt ist wissenschaftlich wunderbar ausgewertet. Schade, dass es nach der wunderbaren wissenschaftlichen Auswertung eingestellt wurde.

Wir brauchen ferner fließende Übergänge von der Kita in die Grundschule. Auch da können wir noch vieles verbessern. Bei uns gibt es immer noch Vorkurse, mit denen die spezielle Förderung von Kindern sichergestellt wird. Es ist aber immer noch so, dass einige Kinder diese Kurse aus organisatorischen Gründen nicht besuchen können. Ich höre immer wieder, dass, wenn zu wenig Lehrer da sind, genau diese Vorkurse ausfallen. Diese Mängel müssen behoben werden.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Kollegin, Sie schauen schon auf die Uhr, oder?

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Ja, ich sehe, dass meine Redezeit zu Ende ist.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ja.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Eine Sache muss ich aber noch sagen.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Na ja; bitte kommen Sie zum Schluss.

**Dr. Simone Strohmayer (SPD):** Wir brauchen vor allen Dingen andere Schulen. Die Schulen müssen sich auf die Kinder einstellen. Es ist gut, dass da einiges passiert ist; wir haben aber noch jede Menge vor uns. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Kollegin Strohmayer. – Nächste Wortmeldung: Kollege Gehring, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat einen Antrag einge-

bracht, der einer Open Petition entspricht, die gerade im Netz ist. Sie führen unserer Meinung nach eine gute Diskussion an; wir glauben aber, dass uns dieser Antrag nicht tatsächlich viel weiterbringt.

Wenn wir über das Thema Einschulung sprechen, sollten wir vielleicht doch einen kurzen Blick in die Stoiber-Zeit werfen – Kollege Piazzolo hat sie schon angesprochen. Damals ist tatsächlich gedacht worden, es sei klug, den Einschulungstag, den Stichtag der Vollendung des sechsten Lebensjahres, vom 30. Juni auf den 31. Dezember sukzessive vorzuverlegen. Das war in der Zeit, als CSU-Bildungspolitik hieß: jung, schnell, effektiv. Das heißt, die meisten Kinder wären mit fünf Jahren in die Schule gekommen. Man muss der letzten Staatsregierung und Herrn Minister Spaenle anrechnen, dass sie das gestoppt haben. Ich habe Herrn Spaenle damals auch gelobt. Eigentlich sieht man, dass wir uns, aber auch Sie, die CSU-Fraktion, sich von all den Stoiber-Themen befreit haben, ob das die Einschulung ist, ob das das G 8 ist, ob das die Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer ist und andere Dinge mehr. Das heißt, eigentlich wurde die Bildungspolitik dieser Ära wieder völlig zurückgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sollten Sie sich einmal überlegen, wem von Ihren Altvorderen Sie zuhören, wenn sie Ihnen momentan Ratschläge geben. Ich würde Stoiber nicht zuhören; ich wüsste andere, denen man zuhören sollte.

Der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER will den Stichtag praktisch durch einen Einstellungskorridor ersetzen. Es gibt andere Bundesländer, die schon in diese Richtung gehen, zum Beispiel Bremen und Niedersachsen. Ein Stück weit ist das aber nach wie vor eine starre Regelung, die durch eine andere ersetzt wird. Wir stellen fest, dass, egal wie die Regelungen sind, die Zahl der Zurückstellungen steigt und dass es für viele Eltern ein großes Thema ist, ob sie ihrem Kind noch Zeit geben sollen, bevor es in die Schule geht, oder ob sie ihr Kind rechtzeitig oder zu früh in die Schule schicken. Da ist viel Unsicherheit und Sorge vorhanden. Dies hat nichts mit der konkreten Regelung zu tun, sondern mit dem Bild, das Eltern von der Grundschule in Bayern haben.

Die Grundschulzeit ist zu kurz. Nach nur vier Jahren steht der Übertritt an. Dadurch entsteht Druck. Die Eltern haben oft Sorge, dass ihr Kind diesen vier Jahren nicht gerecht wird und den Übertrittsdruck nicht aushält. Deswegen sagen viele Eltern, dass sie den Kindern mehr Zeit geben müssen, da die Kinder weiterkommen müssen. Sie wollen ihnen die Einschulung deswegen ersparen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der erste Schultag ist ein wirklich toller Tag. Er ist ein toller Tag im Leben eines Menschen. Er sollte uns mit Freude erfüllen, nicht mit Sorge. An diesem Beispiel sieht man sehr gut, dass wir im bayerischen Bildungssystem einen großen Veränderungsbedarf haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Lederer hat sehr genau darauf hingewiesen, wo der Punkt ist. Er hat beim Einschulungsalter zwischen Flexibler Grundschule und der Regelgrundschule unterschieden. Das zeigt tatsächlich das Bild von Grundschule, das vermittelt wird. Die Flexible Grundschule bringt mehr. Wir können das Kind an seinem Standort abholen; wir können ihm die individuelle Zeit geben, die es zum Lernen braucht. Damit verändert sich das Verhalten der Eltern.

Das zeigt: Wir müssen unsere Bildungspolitik verändern. Wir müssen die Grundschule reformieren. Wir brauchen mehr Zeit, mehr individuelle Förderzeit. Wir müssen den Übertrittsdruck herausnehmen. Dann bekommen wir mehr Gelassenheit im Bildungssystem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch die Schule, die wir uns wünschen: mit glücklichen Kindern, unterstützten Lehrkräften und entspannten Eltern. Wenn wir eine solche Grundschule haben, werden wir über das Thema Einschulungszeitpunkt oder -korridor nicht mehr diskutieren müssen. Lassen Sie uns deswegen diese Themen angehen. Lasst uns die Bildungspolitik in Bayern verändern. Lasst uns diesen Übertrittsdruck abbauen. Dann werden wir in Bayern eine bessere Schule und vor allem entspanntere Eltern haben.

Dem Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER können wir nicht zustimmen. Wie gesagt: Es ist ein gutes Thema. Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Gehring. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur namentlichen Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/22855. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 18.38 bis 18.43 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Uns liegen einige Ergebnisse namentlicher Abstimmungen vor, die ich jetzt bekanntgebe.

Zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Rosenthal, Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Europe United: Gemeinsam handeln statt nationaler Alleingänge" auf Drucksache 17/22854. Mit Ja haben 55, mit Nein 82 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 15 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Reiß und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Für ein starkes Europa – Zusammenarbeit der Staaten auf Augenhöhe zur Bewahrung der europäischen Grundwerte" auf Drucksache 17/22893. Mit Ja haben 80, mit Nein 55 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den geänderten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Reiß, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Neuordnung der Migrationspolitik: Begrenzung, Steuerung und Ordnung von Zuwanderung!" auf Drucksache 17/22853. Mit Ja haben 74, mit Nein 43 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 8 Stimmenthaltungen und 15 ungültige Stimmen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/22856 mit 22863 sowie 17/22897 und 22898 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(...)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich darf noch das Ergebnis einer vorhergehenden namentlichen Abstimmung bekannt geben, nämlich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/22855 betreffend "Den Kindern zuliebe – spätere Einschulung ermöglichen!". Mit Ja haben 9 gestimmt. Mit Nein haben 71 gestimmt. Es gab 49 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Den Kindern zuliebe - spätere Einschulung ermöglichen! (Drucksache 17/22855)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus			X	<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Aigner</b> Ilse		X		<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Arnold</b> Horst			X	Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Aures</b> Inge			X	<b>Gote</b> Ulrike			
				<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Güll</b> Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X			<b>Güller</b> Harald			X
<b>Bauer</b> Volker				<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X					
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried				<b>Haderthauer</b> Christine		X	
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Häusler</b> Johann	X		
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X		<b>Halbleib</b> Volkmar			
<b>Biedefeld</b> Susann			X	<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Blume</b> Markus				<b>Hartmann</b> Ludwig			X
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun				<b>Herold</b> Hans		X	
von <b>Brunn</b> Florian			X	Dr. <b>Herrmann</b> Florian	X	X	
<b>Brunner</b> Helmut		X		<b>Herrmann</b> Joachim			
				Dr. <b>Herz</b> Leopold			
<b>Celina</b> Kerstin			X	<b>Hiersemann</b> Alexandra			X
				<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Deckwerth</b> Ilona			X	<b>Hölzl</b> Florian		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra				<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X		Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp			X	<b>Huber</b> Erwin		X	
				Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
<b>Eck</b> Gerhard				Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute				<b>Huber</b> Thomas		X	
<b>Eisenreich</b> Georg				Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
				<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Fackler</b> Wolfgang		X					
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen				<b>Imhof</b> Hermann			
<b>Fehlner</b> Martina							
<b>Felbinger</b> Günther			X	<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Flierl</b> Alexander		X					
<b>Freller</b> Karl				<b>Kamm</b> Christine			X
<b>Fröschl</b> Markus		X		<b>Kaniber</b> Michaela			
<b>Füracker</b> Albert				<b>Karl</b> Annette			X
				<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Ganserer</b> Markus			X	<b>Knoblauch</b> Günther			
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul			X	<b>König</b> Alexander		X	
<b>Gehring</b> Thomas			X	<b>Kohnen</b> Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert			X
<b>Kraus</b> Nikolaus	X		
<b>Kreitmair</b> Anton			
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich			X
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Lotte</b> Andreas			X
Dr. <b>Magerl</b> Christian			X
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Mistol</b> Jürgen			X
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth			X
<b>Mütze</b> Thomas			
<b>Muthmann</b> Alexander			X
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena			X
<b>Petersen</b> Kathi			X
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			X
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			X
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris			X
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			X
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian			X
<b>Roos</b> Bernhard			X
<b>Rosenthal</b> Georg			X
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich			
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin			X
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schalk</b> Andreas		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry			X
<b>Schindler</b> Franz			X
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga			X
<b>Schöffel</b> Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer</b> Kerstin			
<b>Schulze</b> Katharina			
<b>Schuster</b> Stefan			X
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela			
<b>Sibler</b> Bernd			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Stachowitz</b> Diana			X
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Stamm</b> Claudia			
<b>Steinberger</b> Rosi			X
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia			
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold			X
<b>Ströbel</b> Jürgen			
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin			X
<b>Tasdelen</b> Arif			
<b>Taubeneder</b> Walter			
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Vogel</b> Steffen			
<b>Waldmann</b> Ruth			X
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika			X
Dr. <b>Wengert</b> Paul			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			X
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit			X
<b>Winter</b> Georg			
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wittmann</b> Mechthilde		X	
<b>Woerlein</b> Herbert			X
<b>Zacharias</b> Isabell			X
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
<b>Gesamtsumme</b>	X 9	X 71	X 49